

Fallstudien wird der Band zu einem hilfreichen Nachschlagewerk und bietet einen guten Ausgangspunkt für die vertiefende Lektüre. Er ist in dieser Hinsicht sowohl für unerfahrene Erstsemester als auch für fortgeschrittene Experten geeignet und wird an den Universitäten sicher zur Standardlektüre in Seminaren zum Extremismus werden.

Manuel Becker

Systemopposition und die 68er: problematischer Versuch einer Einordnung

Greven, Michael Th.: Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre, Verlag Barbara Budrich, Opladen / Berlin / Farmington Hills 2011, 301 Seiten, € 36,-.

Es gibt Begriffe, deren vermeintliche Selbstevidenz sich bei näherem Hinsehen als problematisch erweist. Ihre Semantik ist weitaus vertrackter als zunächst vermutet. Dazu zählt auch ein für das politische System so zentraler Terminus wie der der Opposition. Ursprünglich wohnte ihm – ähnlich wie der Unterscheidung zwischen Linker, Rechter und Mitte – eine rein topographische Bedeutung inne: Die im britischen Unterhaus vertretenen Abgeordneten, die nicht an der Regierungsmacht beteiligt waren, saßen auf der entgegengesetzten Seite des Ganges, auf der ihre Kollegen aus der Regierungspartei Platz genommen hatten. Opposition kann zweierlei bedeuten: Innerhalb eines Parlaments einer Regierung entgegenzutreten, sie zu kritisieren und zu kontrollieren oder aber außerhalb eines Parlaments dieses als Ganzes zu kritisieren und womöglich sogar aus grundsätzlichen Erwägungen heraus anzugreifen. In dem einen Fall wird die Opposition von einer oder mehreren Parteien wahrgenommen, in dem anderen von einer Bewegung, zu der neben Individuen und Kleingruppen auch Organisationen und Aktionsbündnisse gehören können. Im letzteren Fall spricht man von einer außerparlamentarischen Opposition. Dieser eher deskriptiven Bezeichnung wird zuweilen dem Begriff der System- oder der Fundamentalopposition der Vorzug gegeben.

Die Unterscheidung zwischen zwei verschiedenen Oppositiobnsbegriffen ist nicht unumstritten. Es gibt immer noch Politikwissenschaftler, die es nicht für sinnvoll halten, von einer außerparlamentarischen Opposition zu sprechen. Für sie sind Regierung und Opposition Ausdruck zweier Kräfte, die sich gegenseitig bedingen und insofern strukturell aufeinander bezogen sind. Der Oppositiobnsbegriff ist danach dem parlamentarischen System immanent und kann deshalb nur innerhalb seines Rahmens sinnvoll verwendet werden. Es gibt andere Politikwissenschaftler, vermutlich die Mehrheit des Fachs, die dem entschieden widersprechen. Für sie ist der Terminus kein dem Parlamentarismus immanenter, der nur in der Form von Parteien Gestalt annehmen kann, sondern einer, der auch außerhalb dieser Herrschaftsform Verwendung findet. Er bezeichnet dann eine politische Kraft, die ein Parlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung oder aber darüber hinaus grundsätzlich in Frage stellt.

Der Autor des vorliegenden Buches, der viele Jahre an der Universität Hamburg lehrende und 2012 überraschend verstorbene *Michael Th. Greven*, gehört zu der zweiten Gruppe. Er hat den Terminus Systemopposition als Schlüsselbegriff gewählt, um damit ein Phänomen

zu durchleuchten, das zu den umstrittensten der jüngeren Zeit-, Politik- und Kulturge- schichte zählt. Es hat sich eingebürgert, dieses Phänomen mit einer Kennziffer, der Jahreszahl 1968, zu versehen. Seit Beginn der achtziger Jahre ist deshalb von der „68er-Bewegung“ oder den „68ern“ die Rede. Diese Bezeichnung, die nicht von den einstigen Aktivisten stammt und deren Implikationen nicht in jeder Hinsicht geklärt sind, hat schließlich auch in die Wissenschaft Eingang gefunden, in die Zeitgeschichte, die Soziologie, die Politikwissen- schaft, die Germanistik ebenso wie in die Medientheorie.

An diesem Topos „1968“ und seiner nur schwer zu kontrollierenden Verwendung reibt sich *Greven*. Fast scheint es so, als sei das vor allem der Stachel gewesen, der ihn zur Verfassung seiner Monographie motiviert hat. Für ihn ist „1968“ eine „nachträgliche Konstruktion der Erinnerungskultur“ (S. 9). Diese habe, kritisiert er weiter, eine in den seit Beginn der sechziger Jahren aktiven Protestbewegungen existierende Minderheit verdeckt, der es um „Systemopposition“ und damit – wie von ihm ausdrücklich betont – um „Revolution“ (S. 9) ge- gangen ist.

Im Gegensatz zum Mainstream jener Autorinnen und Autoren, die sich eine Deutung des 68er-Phänomens auf die Fahnen geschrieben haben, geht es *Greven* um eine „Rekonstruktion und Deutung des politischen Denkens bewusster Systemopposition“ (S. 15). Er will aus den Texten der wichtigsten Systemoppositionellen der sechziger Jahre deren „authentischen Sinn“ (S. 21) herauslesen. Dabei bemüht sich der Autor, der sein eigenes Studium selbst in jenem ominösen Jahr 1968 begonnen hatte, eine möglichst neutrale Beobachterposition einzunehmen. Weder Rechtfertigung noch Kritik, wird er nicht müde zu betonen, schwelten ihm vor, sondern „Kenntnisnahme, Verstehen und vorsichtige Einordnung in die Geschichte politi- schen Denkens“ (S. 16) und ihres damaligen Kontextes. Methodisch orientiert er sich dabei an der von dem britischen Historiker und Sozialwissenschaftler *Quentin Skinner* entwickelten Theorie der Sprechakte. Ebenso wie dem Mitbegründer der Cambridge School of the History of Political Thought stellen für *Greven* Texte „soziale Handlungen“ (S. 16) dar, die eine performative Funktion aufweisen. Ohne das Für und Wider eines solchen Vorgehens näher zu erörtern, macht sich *Greven* an die Arbeit und geht Textprodukte sozialistischer, kommu- nistischer und anarchistischer Provenienz durch, um ihren systemoppositionellen Sinn zu erschließen.

Zu seinen Prämissen passt, dass für ihn die damalige APO in erster Linie einen „Kom- munikationsraum“ (S. 23) darstellt. Warum aber nicht, fragt sich der Leser, mit einer eben- so gleichen Berechtigung als Handlungsraum? Das würde zur erkenntnisleitenden Frage nach einer Systemopposition doch vielleicht besser passen. Unter dieser Voraussetzung läuft *Greven* von Anfang an Gefahr, eine akteurszentrierte Perspektive aus seinem Gesichtsfeld zu verlieren.

Bei alledem hat er keinerlei eigene Recherchen angestellt. Seine Untersuchung verzichtet vollständig auf Primärquellen und basiert ausschließlich auf Sekundärliteratur. Das mag für sich genommen noch kein Problem darstellen. Schließlich begreift er sich nicht als Sozial- historiker, sondern als Politikwissenschaftler. Die entscheidende Frage lautet aber, ob sein Schlüsselbegriff „Systemopposition“ (S. 9) zur Dechiffrierung des von ihm umrissenen Phä- nomens taugt. Und genau hier liegt die eigentliche Schwierigkeit seines Ansatzes. *Greven* verwendet einen Oppositions- und damit einen Politikbegriff, der im Kern das Spezifikum der damaligen Protestbewegung verfehlt. Für ihn sind Musik, Mode, Drogen, Sexualität und anderes mehr nichts anderes als Akzidentien. Indem er jedoch alles Intime, Private, tenden- ziell Subkulturelle als bloße Epiphänomene abqualifiziert und von vornherein ignoriert,

beschneidet er die eigentümliche Radikalität jener Proteste um ihre subjektive Dimension. Denn den Revolten der späten sechziger Jahre lagen in erster Linie keine materiellen Interessen zugrunde; sie verdankten sich vor allem einer breiten postmaterialistischen Strömung, die zur selben Zeit die Jugend in allen Industriegesellschaften erfasst hatte.

Eine zweite nicht weniger folgenreiche Beschniedung macht sich hier bemerkbar: *Greven* glaubt, sich in seiner Untersuchung auf die Bundesrepublik beschränken zu können. Durch diese Einschränkung verschwinden soziale Konstitutionsbedingungen aus dem Blickfeld, die für die Entstehung von Protestbewegungen in den verschiedensten Erdteilen ausschlaggebend waren. Zudem wird ein so entscheidender politischer Konstitutionsfaktor wie der Ost-West-Konflikt einfach ausgeblendet. Die Frage etwa, warum die bundesdeutsche Version der 68er-Bewegung (ebenso wie kurze Zeit später die terroristische RAF) in West-Berlin entstanden ist, wird überhaupt nicht gestellt.

Ein anderes wesentliches Problem besteht darin, dass hier keine überzeugende historische Interpunktions vorgenommen wird. Weil *Greven* einen konventionellen Begriff des Politischen favorisiert, neigt er dazu, den Beginn der außerparlamentarischen Bewegung immer weiter zurückzuverlagern. Bei dieser Suche nach den Ursprüngen landet er schließlich – ohne dafür irgendein Kriterium zu benennen – in den fünfziger Jahren. Dabei wäre es unter der Voraussetzung des von ihm ins Zentrum gestellten Begriffs der Systemopposition eigentlich ganz einfach, eine historisch plausible Einordnung vorzunehmen; denn die APO war im Kern eine Parallelerscheinung zur ersten Großen Koalition. Diese dauerte vom Dezember 1966 bis zum Oktober 1969. Und genau das war der Zeitraum, in dem jene Protestbewegung von sich reden machte, die heute gewiss verkürzend als die der 68er bezeichnet wird. Weil es keine überzeugende innerparlamentarische Opposition mehr gab, kam der Anstoß zu längst überfälligen Reformen ebenso wie zu revolutionär deklarierten Vorhaben von außen.

Mit seiner Untersuchung des immer noch verwirrenden Phänomens der 68er-Bewegung hatte *Greven* in Aussicht gestellt, durch Verwendung des Begriffs Systemopposition ein höheres Maß an Rationalität zu erreichen. Herausgekommen ist dabei jedoch ein in vielfacher Hinsicht nicht unproblematisches Resultat. Gerade er, der einer Vielzahl von anderen Forschern vorwirft, sie bedienten sich eines erinnerungspolitischen Konstrukts, hat sich sein Untersuchungsfeld so konstruiert, dass er nichts anderes dabei herausgefunden, als er zuvor hineingesteckt hat.

Wolfgang Kraushaar

Amt und Person des Alterspräsidenten: das Für und Wider eines parlamentarischen Kleinods

Brunner, Benedikt: Der Alterspräsident. Ein Konstituierungsreglement und seine Alternativen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2012, 350 Seiten, € 49,95.

Dem Alterspräsidenten von Parlamenten wird in der Regel wenig Bedeutung beigegeben. Dementsprechend überschaubar ist der Forschungsstand. Außer der vorliegenden Promotionschrift von *Benedikt Brunner* gibt es keine genuin politikwissenschaftliche Untersuchung, die sich dezidiert dieser traditionsreichen parlamentarischen Institution widmet. Dabei zeigt